

tive konkret ergreifen können. Der von uns angebotene Service ist zwar gebührenpflichtig, aber wir versuchen, ihn möglichst niedrig zu halten.

Unsere Arbeit lässt sich momentan in vier große Bereiche einteilen.

1. Verringerung der inneren Kontamination

Wir messen die Radioaktivität in Lebensmitteln.⁵ Diejenigen mit erhöhtem Wert veröffentlichen wir auf unserer Website. Dabei liegt der von uns festgesetzte Grenzwert bei 10 Bq/kg.⁶

Damit wir als Verbraucher und Hersteller beruhigt ein- und verkaufen können, arbeiten wir mit den Erzeugern und Herstellern zusammen und messen die Radioaktivität der Agrarprodukte und der weiterverarbeiteten Lebensmittel. Außerdem haben wir über den örtlichen Markt einen direkten Weg zu den Verbrauchern gefunden.

2. Verringerung der äußeren Kontamination

Wir messen in Schulhöfen, öffentlichen Parks, auf Feldern und auch auf privaten Grundstücken die Radioaktivität der Erde und der Luft, damit die aktuelle Situation einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht wird und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden können.

Wir sind überzeugt, dass Messungen in Kindergärten und auf Spielplätzen sehr wichtig sind. Deshalb kooperieren wir mit den Müttern kleiner Kin-

der und führen das Projekt „Messung auf dem Spielplatz“ durch.

3. Verleihen der Messgeräte

Wir glauben, dass die Bürger im verseuchten Gebiet ein Messgerät brauchen, das ihnen zu jeder Zeit zur Verfügung steht.

Um Zugang zu den Geräten öffentlicher Stellen zu erhalten, muss ein langer, bürokratischer Weg beschritten werden, an dessen Ende sogar genau abgegrenzt wird, was gemessen werden darf.

Zur Zeit läuft im Norden der Präfektur ein Projekt, bei dem eine Gruppe von Lebensmittelherzeugern mit dem von uns kostengünstig verliehenen Messgerät ihre Produkte misst (Stand: Juli 2013).

4. Veröffentlichung der Informationen

Wir veröffentlichen die Daten, die aus den oben erwähnten Projekten hervorgegangen sind, hauptsächlich auf unserer Website.

Unter den Messdaten sind auch solche, die wir aus eigenem Interesse gesammelt haben. Beispielsweise führen wir regelmäßig Messungen am eigenen Staubsauger durch, um die Änderung der Belastung in Erfahrung zu bringen. Auch die Erde im Wald in der Nähe der Messstelle und privat geangelte Fische wurden oft gemessen. So ist es uns möglich, die Entwicklung der Kontamination im Auge zu behalten.

Unsere Pläne für die Zukunft

Außer der Fortsetzung der bisherigen Tätigkeiten möchten wir in Zukunft folgende vier Anliegen verwirklichen:

1. Ermöglichung von Untersuchungen, wie z.B. Urin- oder Ultraschalluntersuchungen, innerhalb unserer Präfektur

2. Regelmäßige Erholungskur für die Menschen im verseuchten Gebiet

3. Messung der radioaktiven Stoffe außer Cäsium, z. B. Strontium

4. Ermöglichung kostenfreier Messungen und Vergrößerung des Messgebiets

Unsere Bitte an Sie

Zur Zeit leben 300.000 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren in der Präfektur Miyagi. Um sie vor gesundheitlichen Schäden zu bewahren, sind Messungen der Radioaktivität in Lebensmitteln und der Umwelt ebenso wie Gegenmaßnahmen notwendig, die eigentlich von der Regierung ergriffen werden müssten. Aber die jetzige Situation in der Präfektur Miyagi sieht leider anders aus.

Als gemeinnütziger Verein versuchen wir die laufenden Kosten möglichst niedrig zu halten, aber es ist finanziell äußerst schwierig, unsere Tätigkeit zwei Jahre nach dem Erdbeben weiterhin aufrecht zu erhalten. Jährlich fallen nämlich Kosten in Höhe von

umgerechnet 22.000 Euro an, die sich wie folgt zusammensetzen:

Instandhaltung der Messstelle: 360.000 Yen (30.000 Yen/Monat)

Wartung und Reparatur der Messgeräte: 150.000 Yen

Lohn für zwei Mitarbeiter: 2.400.000 Yen (200.000 Yen/Monat)

Gesamtkosten pro Jahr: 2.910.000 Yen (ca. 22.000 Euro)

Ich möchte Sie daher bitten, für „Chiisaki Hana“ zu spenden oder ein zahlendes Mitglied zu werden, damit wir weiterhin gegen die radioaktive Verseuchung unserer Heimat kämpfen können.**

** Der deutsche Verein Deutsch-Japanisches Friedensforum, DJF Berlin e.V., sammelt diese Spenden und leitet sie nach Japan weiter. Überweisungen werden unter Angabe des Verwendungszwecks „Chiisaki Hana“ erbeten auf das Konto des DJF Berlin e.V. Nr. 1145927101 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 43060967. ●

Folgen von Fukushima

„Es scheint, der japanische Staat entwickelt sich in die Zeit des Militarismus zurück“

Die japanische Regierung will die Weitergabe von „bestimmten Geheimnissen“ stärker bestrafen.

Die japanische Regierung hat am 25. Oktober 2013 einen Gesetzentwurf gegen den Verrat von Staatsgeheimnissen auf den Weg gebracht, mit dem die Presse- und Informationsfreiheit massiv eingeschränkt werden soll. Der Gesetzesvorlage zufolge, die das Kabinett des nationalkonservativen Ministerpräsidenten Shinzo Abe verabschiedete, soll die Weitergabe von nicht näher definierten „bestimmten Geheimnissen“ zum Schutz der nationalen Sicherheit durch Beamte, Abgeordnete oder andere Personen mit bis

zu 10 Jahren Freiheitsentzug bestraft werden. Weil die Formulierungen in dem Gesetz vage gehalten sind und die Behörden selbst festlegen können, was diese „bestimmten Geheimnisse“ sein sollen, sehen Kritiker darin einen massiven Eingriff in die Presse- und Informationsfreiheit der Bürger.

Die Regierung will dem Vernehmen nach das Gesetz noch während der bis zum 6. Dezember 2013 laufenden Sitzungsperiode des Parlaments verabschieden lassen. Ihr gehe

⁵ Die Messungen beschränken sich auf die Cäsiumisotope 134 und 137.

⁶ Wir haben diesen Wert aus folgenden zwei Gründen festgelegt: 1. Der Grenzwert, den die deutsche Gesellschaft für Strahlenschutz für Kinder und Jugendliche empfiehlt, liegt bei 4 Bq/kg für das Leitnuklid Cäsium-137, für Erwachsenen bei 8 Bq/kg. 2. 10 Bq/kg ist beim 3 Zoll NaI(Tl) Szintillator der unterste messbare Wert. Bei „Chiisaki Hana“ liegt dieser Wert bei 8 Bq/kg.

es um den Schutz von geheimen Informationen bezüglich der Außen- und Verteidigungspolitik, der Spionageabwehr und Anti-Terror-Maßnahmen, heißt es. Mit 10 Jahren Haft wird bedroht, wer solche Informationen weitergibt und mit 5 Jahren Haft, wer die Weitergabe begünstigt. Davon sind auch Journalisten betroffen, die Informanten dazu anhalten, Informationen weiterzugeben. Bisher droht Whistleblowern höchstens ein Jahr Haft.

Wie es heißt, setzte der kleinere Koalitionspartner von Abes Liberaldemokraten, die buddhistische Partei Komeito, zwar einen Passus durch, demzufolge dem Recht der Bürger auf Information Rechnung getragen werden soll, bindend sei diese Bestimmung jedoch nicht.

Betroffen von dem Gesetz sind nicht nur militärische Informationen, sondern auch Informationen über die Pannen auf dem Gelände der havarierten Atomreaktoren von Fukushima Daiichi sowie der Höhe und Auswirkungen der radioaktiven Belastungen auf die Bevölkerung, fürchten Kritiker. Denn auch dies könne „Fragen der nationalen Sicherheit“ berühren.

Eine Untersuchungskommission des japanischen Parlaments hatte festgestellt, daß die engen Verbindungen zwischen Aufsichtsbehörden und Atomindustrie einer der Gründe dafür gewesen seien, daß sich die Katastrophe von Fukushima Daiichi überhaupt ereignen können. Behörden und Betreibergesellschaft versuchen bis heute, Pannen eher zu vertuschen, behördliche Strahlenmessungen sind vielfach falsch und die Bürger werden mit Desinformation und Durchhalteparolen überzogen (Strahlentelex hatte ausführlich berichtet⁷).

Die Pläne der Regierung werden in Japan auch vor dem Hintergrund gesehen, daß einflußreiche Kreise der nationalkonservativen Liberaldemokraten planen, im Zuge einer Verfassungsreform die Freiheitsrechte der Bürger ge-

Folgen von Fukushima

UN-Komitee verharmlost Fukushima-Unfall

Kritik an Filz zwischen den Vereinten Nationen (UN) und der Atomindustrie

Ärzte bezweifeln die Einschätzung des wissenschaftlichen Komitees der Vereinten Nationen für die Wirkungen der Atomstrahlung (UNSCEAR), daß der Atomunfall von Fukushima keine direkten Gesundheitsschäden bewirken werde. Der Bericht des UN-Komitees gehe von mehreren falschen Annahmen aus, sagte der Arzt Dr. Alex Rosen von der deutschen Sektion der internationalen Ärztevereinigung IPPNW in einer Sendung des Fernsehsenders 3sat.nano am 1. Oktober 2013: „Sie behaupten zum Beispiel, daß das ungeborene Kind eine ähnlich hohe Strahlenempfindlichkeit hat wie ein Kleinkind, das läuft jeder strahlenbiologischen Erkenntnis zuwider. Natürlich haben Föten eine viel höhere Strahlensensibilität, ihr Gewebe, ihre Zellen teilen sich viel schneller und sind deswegen viel empfänglicher für Strahlung und für Mutation.“

Auch der Greifswalder Epidemiologe Professor Dr. med. Wolfgang Hoffmann teilt die Zweifel an dem UN-Bericht: „Jetzt Prognosen zu machen über die Zukunft ist unseriös, insbesondere wenn da drin steht daß es kein Risiko geben wird. Das ist sicherlich nicht der Fall, es wird mit Sicherheit eine erhöhte Krebsrate geben.“

Der Grund für die Verharm-

genüber dem Staat einzuschränken. Das geplante Gesetz füge sich nahtlos in das autoritäre Denken ein: „Es scheint, der japanische Staat entwickelt sich in die Zeit des Militarismus zurück.“ ●

losung des Unfalls wird in der Verflechtung zwischen UNSCEAR und Atomindustrie gesehen. „Im UNSCEAR sitzen vermehrt Wissenschaftler, die eine Karriere haben in den Atomenergiebehörden der unterschiedlichen Staaten, in Atomregulierungsbehörden, bei der IAEO, einer Organisation die es sich auf die Fahnen schreibt, weltweit die Atomenergie zu fördern, oder sogar in Atomkraftfirmen, die Atomkraftwerke bauen und betreiben“, so Rosen. Auch gebe es einen "Knebelvertrag" zwischen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO): Die WHO habe keine eigene Abteilung, die die gesundheitlichen Folgen von Radioaktivität erforscht. Sie sei auf die Daten der Atomenergiebehörde angewiesen.

Das UN-Komitee hatte im Mai 2013 vorab verkündet, als direkte Folge des Atomunfalls von Fukushima würden weder Menschen sterben noch vermehrt an Krebs erkranken. Die sei vor allem auf die schnelle Evakuierung des Gebiets durch die japanischen Behörden zurückzuführen, zitiert der Fernsehsender den derzeitigen UNSCEAR-Vorsitzenden Wolfgang Weiss. Die Veröffentlichung des Abschlußberichts ist inzwischen für Januar 2014 angekündigt.

Strahlentelex hatte bereits in der Ausgabe vom 1. August 2013 über den Protest schockierter UNSCEAR-Mitglieder aus Belgien berichtet.⁸ Man gehe sogar noch hinter die Lehren aus Tschernobyl und anderen Studien zurück.

Nach Einschätzung der UN-Wissenschaftler leiden die Menschen eher psychisch und sozial, etwa unter der Evakuierung oder einer Stigmatisierung, nicht aber gesundheitlich durch die Strahlenbelastung. „Die Erfahrung von Tschernobyl hat uns gezeigt, daß neben einer möglichen direkten Auswirkung auf die Physis, die sozialen Folgen mit den einhergehenden Gesundheitseffekten in der betroffenen Bevölkerung besondere Aufmerksamkeit brauchen“, hatte der damalige UNSCEAR-Chef Carl-Magnus Larsson seinerzeit erklärt, zitierte 3sat.nano.

„Wir sehen statistisch keine direkten Risiken oder Gesundheitsfolgen“, erklärte Weiss jetzt in der Fernsehsendung. Nach der Katastrophe habe die zusätzliche Strahlenbelastung durch den Unfall für die meisten Japaner unter der natürlichen Umgebungsstrahlung gelegen. Man gehe auch nicht davon aus, daß man künftig Krebserkrankungen auf den Unfall zurückführen könne. Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl sei die Strahlenbelastung deutlich höher gewesen.

Allerdings wollte Weiss nicht völlig ausschließen, daß einzelne Personen Krebs wegen einer zu hohen Strahlendosis bekommen könnten: „Wir können nicht die Gesundheit von 60.000 Menschen individuell ein Leben lang verfolgen.“ Doch statistisch erhöhe sich die Rate nach den Untersuchungen nicht, meinte Weiss.

Der Großteil der Daten stammt von japanischen Be-

⁷www.strahlentelex.de/Stx_12_622-623_S01-09.pdf

⁸www.strahlentelex.de/Stx_13_624-625_S01-03.pdf

⁸www.strahlentelex.de/Stx_13_624-625_S01-03.pdf